

02.06.77

2. Allerdings muß der Bundeshaushalt vor einer vorzeitigen und übermäßigen Inanspruchnahme geschützt werden. Dafür reicht ein Höchstbeitragsatz von 8 v.U. nicht mehr aus; er muß ohnehin für die Beschlußfassung nach Abs. 1 auf 11 v.U. angehoben werden (vgl. § 65 Abs. 2 Nr. 3 SGB IV). Die Voraussetzungen der Garantiepflicht müssen daher neu geregelt werden.

Als Anknüpfungspunkte bieten sich für die nächste Zukunft der gegenwärtige Beitragsatz der einzelnen Ortskrankenkasse und der durchschnittliche Beitragssatz der Krankenkassen und Ersatzkassen an, die zu tragen den Sozialgemeinschaften zugestimmt werden müßt.

Erst wenn diese Beitragssätze in wesentlichen Maße für längere Zeit überschritten werden, also Zurißmöglichkeiten ausgeschlossen werden können, soll die Allgemeinheit hoffend eingreifen. Voraussetzung ist weiter, daß die Kasse zu allererst selber ihre finanziellen Möglichkeiten ausgeschöpft hat.

Dieses abgestufte Haftungssystem ist gerechter als die gegenwärtige Gesetzeslage mit praktisch unbegrenzten Haftungsmöglichkeiten und gerechter auch als die völige Loslösung des Staates aus der Verantwortung. Die betonte Zurückhaltung, mit der die Ortskrankenkassen die Garantierechte bisher wahrgenommen haben, und ihr legitimes Interesse an der eigenverantwortlichen Krankenkasse lassen erwarten, daß die Garantiepflichten auch künftig als Eckpfeiler staatlicher Sozialpolitik gesunde Steuerungsfunktionen ausüben werden.

Zu b bis e:
Folgeänderungen.

Antrag

des Freistaates Bayern

zum

Gesetz zur Dämpfung der Ausgabebentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz - KVKG)

Punkt 6 der 446. Sitzung des Bundesrates am 3. Juni 1977

Der Bundesrat möge zu dem Gesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Art. 77 Abs. 2 des Grundgesetzes aus folgendem Grunde verlangen:

Zu Art. 1 § 4 (Änderung des KHG)

Art. 1 §§ 5 und 6

Art. 2 §§ 13 bis 17

- a) Art. 1 § 4 wird gestrichen.
- b) Art. 2 § 13 wird gestrichen.
- c) In Art. 2 § 15 werden die Worte "und des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze" gestrichen.
- d) In Art. 2 § 17 Abs. 2 sind die Worte "§ 4 Nrn. 1 bis 7 und 10 bis 17," sowie die Worte "und Artikel 2 § 13" zu streichen.

Antrag

Begründung:

Das von der Bundesregierung angestrebte Ziel der Kostendämpfung wird durch die in Art. 1 § 4 für den Bereich des Krankenhausfinanzierungsgesetzes vorgesehene Änderungen nicht erreicht. Die vorgesehenen Änderungen bringen, insgesamt gesehen, keine Kosteneinsparungen sondern nur Verschiebungen, insbesondere zu Lasten der Krankenhaussträger (also vor allem der Kommunen). Diese Verschiebungen, die auch dem ursprünglichen Konzept der Krankenhausfinanzierung widersprechen, können gegenwärtig in ihrer Auswirkung noch nicht voll abgeschätzt werden.

Es wird daher vorgeschlagen, die vorgesehenen Änderungen des KHG jedenfalls zunächst aus dem Gesetz ~~a u s z u - k l a m m e r n~~ und sie gegebenenfalls einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren vorzubehalten.

des Landes Schleswig-Holstein

zum
Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherung-Kostendämpfungsgesetz - KVKG)

Punkt 6 der 446. Sitzung des Bundesrates am 3. Juni 1977
Der Bundesrat möge beschließen:

Die Anrufung des Vermittlungsausschusses wird gemäß Art. 77 Abs. 2 GG mit dem Ziel verlangt, den Gesetzesbeschluß wie folgt zu ändern:

Zu Art. 1 § 1 Nr. 36 Buchstabe c (§ 368 n Abs. 5 RVO)

a) Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

"Den Ausschüssen gehören Vertreter der Ärzte und Krankenkassen in gleicher Zahl an."

b) Nach Satz 2 wird folgender neuer Satz eingefügt:

"Sie beschließen mit einfacher Stimmenmehrheit."

Begründung:

Im Interesse der Kontinuität sollte auf einen zwingenden Vorsitzwechsel verzichtet werden. Auch sollten entsprechend der für Zulassungsausschüsse geltenden Regelung Entscheidungen nur bei Stimmenmehrheit getroffen werden können.